



Positionspapier

Wehrpflicht und Ersatzdienst

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Tel.: 0 89/12 43-2 42, -2 44, Fax: 0 89/1 29 85 31

E-Mail: ju@ju-bayern.de

1 **Aktuelle Politische Lage**

2

3 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat im Koalitionsvertrag vom Oktober 2009
4 beschlossen, die Dauer des Wehrdienstes von 9 auf 6 Monate zu verkürzen. Die Verkürzung soll
5 am 01.01.2011 in Kraft treten. Dies war und ist so nicht von uns gewollt, jedoch ein
6 koalitionsbedingter Kompromiss, der seine Tauglichkeit in der Praxis erst wird beweisen müssen.

7

8

9 **Sicherheits- und Bedrohungslage**

10

11 Ein Pflichtdienst, welcher Art auch immer, ist zweifelsohne ein gewaltiger Eingriff in die Freiheit
12 eines Menschen. Er zieht ihn aus dem Arbeitsleben und hat zugleich auch wirtschaftliche
13 Auswirkungen. Gerade deshalb ist eine sicherheitspolitische Begründung für diesen Eingriff
14 maßgebend und ausschlaggebend. Auch der Zivildienst und dessen Existenz können und dürfen
15 nicht als Legitimation für den Wehrdienst herangezogen werden. Die sicherheitspolitischen
16 Herausforderungen unserer Zeit, auch für unser Heimatland, sind nach wie vor relevant und in
17 großem Maße vorhanden. Die Bundesrepublik Deutschland muss sicherheitspolitisch in breitem
18 Maße aufgestellt sein um auf alle denkbaren Bedrohungen reagieren zu können.

19

20 Ein Sicherheitsprofil, welches lediglich auf die in naher Zukunft denkbaren und wahrscheinlichen
21 Szenarien abzielt, die abstrakten aber dennoch möglichen außer Acht lässt, wäre im höchsten
22 Maße unverantwortlich. Die Ausgestaltung der Bundeswehr, und damit auch der Wehrform muss
23 sich an der langfristigen Sicherheitslage orientieren. Deutschland wird dauerhaft trotz und wegen
24 seiner zentral bedeutsamen Lage in Europa vielfältige sicherheitspolitische Herausforderungen zu
25 bewältigen haben. Dazu zählen:

26

- 27 • Transnationaler Terrorismus,
- 28 • Ressourcensicherheit und Sicherung von Rohstoffen
- 29 • Sicherheit der Energieversorgung,
- 30 • Sicherung von weltweiten Verkehrswegen (z.B. vor Piraterie),
- 31 • „failed states“, Staatengebilde ohne öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Rückzugsraum
32 und Operationsbasis für Terroristen und internationale Kriminalität schaffen,
- 33 • Sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels
- 34 • Naturkatastrophen

- 35 • innerstaatliche Konflikte mit direkten und indirekten Auswirkungen auf Deutschland,
36 beispielsweise im Bereich Handel, Migration, Energieversorgung, Infrastrukturen oder
37 Finanzmärkte
- 38 • Proliferation von Massenvernichtungswaffen
- 39 • asymmetrische Kriegsführung
- 40 • direkte militärische Konflikte in unmittelbarer Umgebung (siehe Beispiele der
41 Balkankriege oder des Krieges Georgien-Russland)

42

43

44 **Geltende Beschlusslage und Position der JU Bayern**

45

46 Die JU Bayern stand und steht nach wie vor zu der Idee der Allgemeinen Wehrpflicht. Jedoch
47 befindet sich die Bundeswehr in der Transformation von einer Landesverteidigungsarmee hin zu
48 einer im Schwerpunkt derzeit tätigen Armee im Einsatz. Folgende Argumente, neben den reinen
49 sicherheitspolitischen, sprechen jedoch nach wie vor für einen Pflichtdienst:

50

- 51 • Die Wehrpflicht garantiert eine gesellschaftliche Verankerung der Streitkräfte in der
52 Gesellschaft und zwingt damit die Politik, sich stärker mit den Konsequenzen
53 sicherheitspolitischer Entscheidungen zu befassen.
- 54 • Die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses ist gerade für eine Armee in vielen
55 Auslandseinsätzen, in denen viele verschiedene Qualifikationen benötigt werden.
- 56 • Die Nachwuchsgewinnung in einer Berufsarmee wäre bei der definierten
57 sicherheitspolitischen Lage wesentlich teurer als durch die Wehrpflicht.
- 58 • Die Wehrpflicht garantiert einen breiten gesellschaftlichen Querschnitt in den
59 Streitkräften.
- 60 • Gerade in einer Zeit, in der die Bundeswehr verstärkt in Auslandseinsätzen gebunden ist,
61 braucht sie die Multiplikatorenfunktion in die Gesellschaft hinein durch Wehrpflichtige und
62 deren Familie, Freunde und Bekannte.
- 63 • Die Wehrpflicht verhindert eine „negative Sozialauswahl“, die bei einer Berufsarmee
64 wahrscheinlich wäre. Die Wehrpflicht bringt viele junge Männer dazu, sich mit der
65 Bundeswehr auseinanderzusetzen und sie kennen zulernen. Viele Zeitsoldaten sind
66 ehemalige Wehrpflichtige, die sich während des Grundwehrdienstes verpflichtet haben.
- 67 • Die mit der Wehrpflicht verbundene hohe Fluktuation bringt immer wieder frischen Wind
68 in die Streitkräfte. Das sorgt für neue Ideen und eine feste Verankerung der Streitkräfte in
69 der Bevölkerung.

- 70 • Mit dem Wehrdienst werden Tugenden vermittelt, die immer weniger verbreitet und
71 trotzdem nicht überholt sind. Hierzu zählen z.B. Disziplin, Bescheidenheit, sportliche
72 Leistungsfähigkeit und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen.
- 73 • Ein weiteres Ziel ist es, in unserer Gesellschaft einen leichtfertigen Umgang mit
74 militärischen Mitteln zu verhindern.
- 75 • Aus den Reihen der Wehrpflicht rekrutiert sich die überwiegende Mehrzahl der
76 Reservisten, die mit ihren verschiedenen zivilberuflichen Qualifikationen bei
77 Auslandseinsätzen als Spezialisten benötigt werden (z.B. Ärzte, Bauingenieure,
78 Klimatechniker etc.).
- 79 • Nur die Wehrpflicht mit der mit ihr verbundenen Aufwuchsfähigkeit durch die Reserve
80 gewährleistet die Fähigkeit der Bundeswehr zur nach wie vor notwendigen Fähigkeit der
81 Landes- und Bündnisverteidigung.
- 82 • Die Wehrpflichtigen entlasten unsere Zeit- und Berufssoldaten von vielen Aufgaben im
83 Inland und leisten wichtige Unterstützung bei der Einsatzvor- und Einsatznachbereitung.
- 84 • Eine kurzfristige Wiedereinführung der Wehrpflicht bei entsprechender konkreter
85 Gefährdungslage wäre politisch undenkbar und strategisch kontraproduktiv, indem sie als
86 aggressives Signal aufgefasst werden könnte.

87

88 Die Abschöpfungsquote (d.h. von allen als wehrdiensttauglich gemusterten die Anzahl derer, die
89 tatsächlich eingezogen werden) liegt derzeit bei etwas über 80%. Dieser relativ hohe Prozentsatz
90 würde heute allerdings weitaus geringer ausfallen, würde man die früheren Tauglichkeitskriterien
91 nach wie vor heranziehen. Das Befinden in der Bevölkerung und die Wahrnehmung der
92 Betroffenen sind derzeit so, dass von einer gerechten Einzugspraxis nicht die Rede sein kann.
93 Jedoch muss berücksichtigt werden, dass die Bundeswehr nur einberufen kann entsprechend
94 ihrer Zahl an eingeplanten Dienstposten, Ausbildungsplätzen, Ausbildungskapazitäten und
95 entsprechender Infrastruktur. Die Verkürzung auf 6 Monate wird sehr kritisch betrachtet, aber es
96 ist unser Wille, diese für den Fall der Umsetzung so konstruktiv wie möglich mit zu gestalten.
97 Somit hätte eine Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate beispielsweise den Vorteil, dass
98 durch eine höhere Zahl an Einzuberufenden die Chance besteht, eine höhere Wehrgerechtigkeit
99 zu haben, da ca. 25.000 junge Männer im Jahr mehr einberufen werden können.

100

101

102

103

104

105 Aus den genannten Gründen fordert die Junge Union Bayern:

106

- 107 • Es muss wieder mehr Wehrgerechtigkeit geben.
- 108 • Der Wehrdienst muss vor allem auf die Ausbildung für den weiteren freiwilligen Dienst und
109 für die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet sein.
- 110 • Die Wehrdienstdauer darf sich nur am Kriterium der Ausbildungsqualität orientieren. Der
111 Grundwehrdienst soll eine qualitativ möglichst hochwertige Grundausbildung beinhalten.
- 112 • Die Grundwehrdienstleistenden müssen im Verlauf Ihres Dienstes auch auf
113 Funktionsposten eingesetzt werden. Sie müssen so in die Truppe integriert werden, dass
114 sie ihren Dienst als sinnvoll und nützlich erleben.
- 115 • Nach Möglichkeit muss die zivilberufliche Qualifikation bereits im Grundwehrdienst
116 berücksichtigt werden.
- 117 • Nach dem Grundwehrdienst müssen die Möglichkeiten verbessert werden, militärische
118 und zivile Qualifikationen der Reservisten auf freiwilliger Basis weiter für die Bundeswehr
119 nutzbar zu machen. Die Förderung im Rahmen des Lehrgangsangebotes für Reservisten
120 und der freiwilligen Reservistenarbeit muss sich dabei stärker als bisher am neuen
121 Aufgabenspektrum der Bundeswehr orientieren. Beispielsweise muss in Zukunft die
122 Vorbereitung auf Auslandseinsätze verstärkt gefördert werden.

123

124 Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht ist somit Grundlage für die Weiterentwicklung und
125 Anpassung an die veränderte gesellschaftliche Struktur und die heutige sicherheitspolitische Lage
126 in der Bundesrepublik. Insbesondere muss es das Ziel sein, eine höhere Wehrgerechtigkeit zu
127 schaffen.

128

129 **Anforderungen und Zielsetzung eines 6-monatigen Wehrdienstes**

130

131 Die aktuelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Wehrpflichtverkürzung begleiten
132 wir kritisch. Sie darf nicht, wie von der FDP intendiert, der „Einstieg zum Ausstieg“ aus der
133 Allgemeinen Wehrpflicht werden.

134

135 Die Wehrdienstleistenden sind weiterhin wichtiger Bestandteil der Bundeswehr und nehmen
136 unverändert wichtige **Aufgaben** in allen militärischen Organisationsbereichen wahr. So ist der
137 Betrieb und Schutz des Landes im Innern unverzichtbar zur Unterstützung der Außeneinsätze der
138 Bundeswehr.

139

140 In sechs Monaten können durchaus militärische Grundfertigkeiten ausgebildet werden, jedoch ist
141 die Zeitspanne viel zu kurz um der Bundeswehr davon einen Nutzen zu verschaffen. So wird ein
142 freiwillig länger Dienender nach einer Wehrdienstzeit von gerade mal sechs Monaten nicht in der
143 Lage sein, an einem Auslandseinsatz teilzunehmen.

144

145 Eine Erhöhung der Zahl der Einberufungen verbunden mit einer kürzeren Dienstzeit bedeutet
146 einen erhöhten Organisationsaufwand (Ausbilder, Ausbildungskompanien, Betten) sowie auch ein
147 finanzieller Mehraufwand. Die freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen (FWDL) bekommen
148 derzeit ab dem 10. Monat einen höheren Sold sowie einen finanziellen Ausgleich für mehr
149 geleistete Dienste (Überstunden). Dieser finanzielle Mehraufwand setzt nun drei Monate früher
150 ein, was zu einer höheren Laufzeit unter finanziellen Gesichtspunkten führt und damit zu
151 erheblich steigenden Kosten.

152

153 Würde man die Zahl der tatsächlich Einberufenen „nur“ um ca. 30% erhöhen brauchte man dafür
154 zusätzlich 14 Ausbildungskompanien sowie die entsprechende Infrastruktur, Ausbildungsplätze
155 und Dienstposten.

156

157 Aus fachlicher Sicht der Ausbildung ist das W6-Modell nicht geeignet eine solide Ausbildung
158 gewährleisten zu können und mit hohem finanziellen Mehraufwand versehen, der aus internen
159 Umschichtungen im Verteidigungshaushalt kommen muss.

160

161 Sollte das W6 verwirklicht werden, so ist in jedem Falle auch hier darauf zu achten, dass die
162 Spanne zwischen Dienstende und Ausbildungsbeginn nicht unverhältnismäßig lang andauert.
163 Zwei Aspekte kommen als Lösungsansätze in Frage: Erstens sollte ermöglicht werden, dass für
164 Studenten die Ableistung des Dienstes zwischen Bachelorabschluss und Masterbeginn erfolgen
165 kann. Zweitens sollte der Studienbeginn auch zum Sommersemester ermöglicht werden.

166

167 **Zukunft des Zivildienstes**

168

169 Nicht nur die fachlich ausreichende Ausbildung für einen Wehrdienstleistenden ist in sechs
170 Monaten kaum zu schultern, sondern auch im Bereich des Ersatzdienstes ist die Verkürzung als
171 problematisch zu betrachten. Gerade im sozialen Bereich leisten Zivis eine wichtige und
172 unverzichtbare Arbeit. Dabei steht der Kontakt zu pflegebedürftigen Menschen nicht selten im
173 Mittelpunkt der Arbeit. So übernehmen Zivildienstleistende Aufgaben, die zur Verbesserung der
174 Betreuung beitragen und nicht durch Vollzeitarbeitskräfte ersetzt werden kann und wird. Es wird

175 Zeit benötigt die Dienstleistenden anzulernen und vorzubereiten. Bei einer Verkürzung des
176 Pflichtdienstes auf sechs Monate stünde zwischen Anlernen und tatsächlich selbstständiger
177 Arbeit keine sinnvolle Relation. Der Kosten-Nutzen-Aufwand für den Zivildienststellenanbieter
178 wäre hier zu gering. Zusätzlich muss beim Vergleich der Kosten berücksichtigt werden, dass sich
179 durch einen Wegfall des Zivildienstes die Qualität von Pflege und Betreuung verschlechtern wird
180 und entsprechende Gegenmaßnahmen die öffentlichen Haushalte stark belasten würden.

181

182 **Freiwillige Verlängerung des sechsmonatigen Dienstes**

183

184 Gleichwohl ob der sechsmonatige Wehrdienst oder der sechsmonatige Zivildienst, es ist
185 unverzichtbarer Bestandteil des Dienstes, eine freiwillige Verlängerung zu ermöglichen. Deshalb
186 muss dies für jeden möglich sein, der dies möchte. Es muss demnach sichergestellt sein, dass ein
187 problemloser Statuswechsel möglich bleibt. Die Erklärung des Wunsches einer freiwilligen
188 Verlängerung darf jedoch nicht vor dem Dienstantritt eingereicht werden.

189

190

191

Beschlossen durch den Landesausschuss der Jungen Union Bayern am 08. Mai 2010 in Bad Gögging.